



Mehrheit bei Bürgerversammlung dagegen

KZ-Mahnmal von vielen nicht gern gesehen

Entscheidung des Ottobrunner Gemeinderates am Mittwoch völlig offen

Von Karl Rieck

Ottobrunn – Annähernd vier Jahre lang hat ein Arbeitskreis von Ottobrunner Bürgern unter dem Namen „Initiative Mahnmal“ die Bevölkerung in Vorträgen, Diskussionen und Ausstellungen mit der Tatsache konfrontiert, daß gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in Ottobrunn – wie auch in zahlreichen anderen Gemeinden – ein Außenlager des Konzentrationslagers Dachau bestanden hat, in dem verschiedene Gruppen von Zwangsarbeitern im Bereich der Luftfahrtforschungsanstalt München eingesetzt waren. Den Meinungsbildungsprozeß konnte die Initiative in Gang bringen, ob das Mahnmal jedoch aufgestellt wird, ist nach den derzeitigen Verhärtungen im Gemeinderat sehr fraglich geworden.

Die „Initiative Mahnmal“ hat sich inzwischen aufgelöst, ihr Anliegen in die Hände der Gemeinde gelegt und dabei die Hoffnung ausgedrückt, der Gemeinderat möge „eine weise Entscheidung“ treffen. Zuvor hatte sich der Kreis wiederholt um Kontakte mit den politischen Parteien bemüht und noch vor knapp zwei Jahren zuversichtlich geschrieben, in Ottobrunn scheine sich „ein breiter Konsens anzubahnen, daß die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit endlich die noch vorhandenen Verdrängungsmechanismen ablösen muß“.

Von Anfang an war das Unterfangen in der Bevölkerung aber auch auf Kritik und sogar offene Ablehnung gestoßen. Der frühere Bürgermeister Horst Stähler-May (CSU) wehrte heftig ab, weil er verhindern wollte, daß Ottobrunn auf diese Weise den „Stempel einer KZ-Gemeinde aufgedrückt“ bekomme. Der CSU-Ortsverband argumentierte jetzt vor wenigen Tagen in derselben schroff ablehnenden Weise, nachdem zwischenzeitlich eine Annäherung der Standpunkte nicht mehr ausgeschlossen worden war.

Stähler-May verlor vor knapp drei Jahren sein Amt an Professor Sabine Kudera (SPD), die sich bei der Mahnmal-Initiative erstmals in der Ottobrunner Öffentlichkeit engagiert und dadurch den SPD-Ortsverein erst auf sich aufmerksam ge-

macht hatte. Wie damals läßt die Bürgermeisterin auch heute keinen Zweifel daran, daß sie dieses Mahnmal für wichtig hält. Es wäre unverständlich, sagt sie, wenn eine junge und ansonsten geschichtsbewußte Gemeinde wie Ottobrunn einen Teil ihrer Ortsgeschichte einfach ausblenden und nicht zur Kenntnis nehmen wollte.

Bei der letzten Bürgerversammlung sagte sie das noch einmal sehr deutlich, mußte aber umgehend erfahren, daß ihre Auffassung nicht von allen geteilt wird. Markus Häuser, der Vorsitzende der Jungen Union stellte den Antrag, kein Mahnmal zu errichten und bekam dafür ein Bürgervotum von 63 gegen 51 Stimmen. Den Antrag begründete er unter anderem damit, daß der in Frage stehende Teil der Vergangenheit inzwischen bewältigt sei. Dieses Ergebnis bindet zwar niemanden, auch nicht den Gemeinderat, aber die CSU führt es gern ins Feld, um zu zeigen, daß sie mit der Mehrheit der Bürger übereinstimmt.

Es gehe dabei um nichts Geringeres als den „inneren Frieden in Ottobrunn“, sagt die CSU; deshalb genüge es, ein schon bestehendes Denkmal für alle Opfer der jüngsten Vergangenheit (bei der Volksschule I an der Friedenstraße) besser ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. In diesem Punkt widerspricht die Bürgermeisterin jedoch entschieden: Das vorhandene Denkmal beziehe sich in seiner allgemein gehaltenen Aussage eben gerade nicht auf die konkrete Ortsgeschichte.

Nach der Bürgerversammlung mit ihrem ablehnenden Votum meldete sich der Regisseur Imo Moszkowicz in einem offenen Brief an Bürgermeisterin Sabine Kudera zu Wort. Er ist Überlebender von Auschwitz und hat seine Mutter und seine sechs Geschwister im Konzentrationslager verloren. Seit mehr als 30 Jahren lebt er in Ottobrunn. In dem Brief spricht er seine Empörung aus über den in der Bürgerversammlung „sichtbar gewordenen leichtsinnigen Umgang mit der deutschen, ergo auch der Ottobrunner Vergangenheit“.

„Der unglaublich hohe Anteil der Nein-

sager in der Bürgerversammlung macht mir Angst“, schreibt Moszkowicz, „der erstaunlich hohe Anteil der Befürworter läßt mich allerdings auch hoffen“. Nur die Gedemütigten wüßten wirklich, „was schlimm und unerträglich war in jenen Zeiten“; jedwede Verniedlichung dieser Vorgänge habe „einen ekelhaften Beigeschmack“. In einer Zeit, in der selbstverständliches Miteinander wieder bedroht sei, könne es niemand als Zumutung empfinden, wenn gemahnt werde, daß Unmenschlichkeit sich nicht wiederholen möge, schreibt Moszkowicz.

Die Ottobrunner Bürgermeisterin hat vorgeschlagen, das Mahnmal auf einem Grünstreifen südlich des Rathauses aufzustellen und nicht – wie ebenfalls angeregt worden war – im Bereich des ehemaligen Lagers oder auf dem Friedhof. Sollte der Gemeinderat ablehnen, wird die SPD das von dem Riemerlinger Steinmetz und Bildhauer Wolfgang Sandt geschaffene Denkmal möglicherweise privat aufstellen. Die Gemeinderatssitzung beginnt morgen abend um 19 Uhr im Kleinen Saal des Wolf-Ferrari-Hauses am Rathausplatz 2.